

DER WISSENSCHAFTSRAT BERÄT DIE BUNDESREGIERUNG
UND DIE REGIERUNGEN DER LÄNDER IN FRAGEN
DER INHALTLICHEN UND STRUKTURELLEN ENTWICKLUNG DER
HOCHSCHULEN, DER WISSENSCHAFT UND DER FORSCHUNG.

PRESSEMITTEILUNG 13 | 2010

Berlin 10 05 2010

Mehr Engagement auf dem Weg zu einer Universitätsmedizin Mittelhessen

Die Privatisierung des fusionierten Universitätsklinikums Gießen und Marburg hat zu erheblichen infrastrukturellen Investitionen des privaten Betreibers an beiden Standorten geführt, mit denen die baulichen Rahmenbedingungen für die Krankenversorgung und die patientenorientierte klinische Forschung auf ein wettbewerbsfähiges Niveau angehoben wurden. Auch durch zusätzliche Investitionen des Landes konnten die Bedingungen für Forschung und Lehre verbessert werden. Die Fachbereiche dagegen haben es bisher versäumt, eine die Kapazitäten beider Standorte bündelnde gemeinsame Strategie für Forschung und Lehre zu entwickeln. Diese Bündelung ist aus Sicht des Wissenschaftsrates jedoch notwendig, um national wie international sichtbare Schwerpunkte in Forschung und Krankenversorgung zu etablieren. Am 1. Februar 2006 war das fusionierte Universitätsklinikum Gießen und Marburg als erstes und bislang einziges Universitätsklinikum in Deutschland privatisiert worden. Der Wissenschaftsrat hat diesen Prozess mit einer Stellungnahme im November 2005 begleitet. In Anbetracht der Bedeutung dieses Vorgangs für die strukturelle Weiterentwicklung der Universitätsmedizin in Deutschland hat der Wissenschaftsrat nun die Leistungsfähigkeit der Standorte in Forschung, Lehre und Krankenversorgung überprüft.

„Die Chance, die in der Fusion zu einem Universitätsklinikum liegt, wird noch nicht mit ausreichender Entschlossenheit ergriffen“, schildert der Vorsitzende, Professor Peter Strohschneider, die Eindrücke des Gremiums vom Besuch vor Ort. „Die beiden Medizinischen Fachbereiche haben bisher keine gemeinsame Strategie in Abstimmung mit den Universitäten und dem Universitätsklinikum entwickelt.“ Dieser Prozess müsse nun unverzüglich begonnen werden. Außerdem erwarte der Wissenschaftsrat, dass sich die Universitäten und Fachbereiche mittelfristig ernsthaft mit dem Thema „Fusion“ der beiden Fachbereiche zu einer Universitätsmedizin Mittelhessen beschäftigen und diese aktiv mit dem Land herbeiführen.

Ansprechpartnerin:

Dr. Christiane Kling-Mathey
Geschäftsstelle des Wissenschaftsrates
Brohler Straße 11
50968 Köln

Telefon +49 221 3776-243

Telefax +49 221 3884-40

kling-mathey@wissenschaftsrat.de

Pressemitteilungen:

www.wissenschaftsrat.de

Der vom Land durch die Verschmelzung der Universitätsklinika in Gießen und Marburg zu einem Klinikum angestoßene Fusionsprozess kann aus Sicht des Wissenschaftsrates ohne externe Moderation nicht erfolgreich verlaufen. Das Land sollte den Entwicklungsprozess und die Kooperation der beteiligten Fachbereiche und Universitäten weiter aktiv fördern. Um die Fachbereiche und das UKGM zu unterstützen, empfiehlt der Wissenschaftsrat dem Land außerdem, einen gemeinsamen externen wissenschaftlichen Beirat zu berufen.

Im Einzelnen erwartet der Wissenschaftsrat von einer gemeinsamen Strategie für Forschung, Lehre und Krankenversorgung folgendes:

- _ eine weitgehende Komplementarität der Fächerstrukturen einschließlich der organisatorischen und strukturellen Zusammenführung der beiden Abteilungen für Zahn-, Mund- und Kieferheilkunde an einem Standort,
- _ starke gemeinsame Forschungsschwerpunkte,
- _ einen abgestimmten Lehrplan und gemeinsame Lehrangebote,
- _ eine gemeinsame Schwerpunktsetzung in der Krankenversorgung,
- _ eine gemeinsame Ressourcenplanung.

In die Strategiebildung sollte die UKGM GmbH als gleichberechtigter Partner einbezogen werden. Das Land wird gebeten den verhältnismäßig geringen Landeszuführungsbetrag zu erhöhen und gezielte Investitionen für Forschung und Lehre so einzusetzen, dass die Fachbereiche auch als materiell starke Partner des UKGM in gemeinsamen Schwerpunkten auftreten können.

Da aufgrund der erst vor wenigen Jahren erfolgten Struktur- und Rechtsformänderungen noch keine abschließende Stellungnahme zu den Auswirkungen der Privatisierung auf Forschung und Lehre möglich ist, behält sich der Wissenschaftsrat vor, eine erneute Begutachtung frühestens nach fünf Jahren vorzunehmen.

Hinweis: Die „Stellungnahme zur Entwicklung der universitätsmedizinischen Standorte Gießen und Marburg nach Fusion und Privatisierung der Universitätsklinika“ (Drs. 9843-08) wird im Netz (www.wissenschaftsrat.de) als Volltext veröffentlicht, sie kann aber auch bei der Geschäftsstelle des Wissenschaftsrates per E-Mail (post@wissenschaftsrat.de) angefordert werden.